Positionspapier des Landesjugendhilfeausschusses Rheinland zum aktuellen Dialog der Generalrevision des Kinderbildungsgesetzes NRW

Der Landesjugendhilfeausschuss begrüßt die Bestrebungen der Landesregierung, die Revision des Kindesbildungsgesetzes NRW (KiBiz) ein Jahr früher als geplant in Angriff zu nehmen. Grundlegendes Ziel dieser Revision sollte es sein, den frühkindlichen individuellen und eigenständigen Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen klar zu definieren und den besonderen Wert der Trias „Bildung, Erziehung und Betreuung“ herauszustellen.

Hierzu hat eine vom Landesjugendhilfeausschuss Rheinland eingesetzte interfraktionelle Arbeitsgruppe in ihrer Sitzung am 06.12.2010 einmütig folgende Positionen formuliert:

1. Allgemeines / Zeitplan:

Die Revision des KiBiz NRW sollte in 2 Schritten vollzogen werden. In einem ersten Schritt sind die notwendigen Korrekturen bereits zum 01.08.2011 umzusetzen. Der für ein neues Gesetz erforderliche breite und umfassende Dialog hingegen benötigt mehr Zeit. Das Gesetzgebungsverfahren sollte daher zum Kindergartenjahr 2012/13 abgeschlossen sein.

2. Zusammenwirken mit den Kommunen:

Der Ausbau der Plätze für Kinder unter 3 Jahren muss zügig umgesetzt werden und sich an den örtlichen Bedarfen orientieren. Die Rahmenbedingungen der investiven Förderung durch Bund und Land müssen so gesetzt werden, dass auch die Kommunen in der Haushaltssicherung diese Pflichtaufgabe umsetzen können; die Bezirksregierungen sind durch das Innenministerium entsprechend anzuweisen.

3. Personalausstattung:

Die Erfahrungen in Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren, insbesondere auch in Gruppen mit Kindern unter 3 Jahren mit Behinderung zeigen, dass dort mit zwei Fachkräften allein zu wenig Hände für die alltäglichen Aufgaben zur Verfügung stehen. Diese Gruppen benötigen dringend einen Ausbau des Personals, zumindest zunächst eine halbe Ergänzungskraft.

Die personelle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen ist generell zu verbessern; hier sind die Empfehlungen der Personalstandards der EU (Erzieher-Kind-Relation) zu beachten. Zeiten für Vor- und Nachbereitung, Leistungsfreistellung, Aus-, Fort- und Weiterbildung sind vorzusehen. Die Qualität der pädagogischen Arbeit ist durch Fachberatung sicherzustellen.

Der Abschluss der Ausbildung zur Erzieherin / zum Erzieher ist über Plätze für das Berufspraktikum zu gewährleisten, die von den Kindertageseinrichtungen bzw. ihren Trägern finanzierbar sind.

4. Finanzierung:

Für die Träger der Kindertageseinrichtungen und die Eltern – vor allem im Rahmen von Planungssicherheit - ist eine auskömmliche Finanzierung des pädagogischen Angebots sicherzustellen.

Diese neue Finanzierung muss einerseits sicherstellen, dass

- > im Kind begründete (über 3, unter 3, mit und ohne Behinderung),
- > im sozialen Umfeld begründete (z. B. sozialer Schwerpunkt),
- > in der sozialen Herkunft begründete (z. B. Migration)

Besonderheiten im System berücksichtigt werden. Tarifierhöhungen bzw. andere, die Finanzierung der Einrichtungen belastende Faktoren müssen kurzfristig beachtet werden können. Dabei ist sicher zu stellen, dass die Vorgaben der Konnexität beachtet werden.

5. Inklusion:

Die neuen gesetzlichen Regelungen für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege müssen zur Sicherstellung von Inklusion / Integration in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung Weichen stellen (die inklusive Einrichtung wird zur Regeleinrichtung).

Die inklusive Förderung aller Kinder muss in den Mittelpunkt aller Bemühungen gestellt werden. Dazu bedarf es einer investiven landesweiten Förderung des Ausbaus sowie der auskömmlichen Finanzierung im Rahmen der Betriebskosten.

6. Elternbeiträge:

Auf dem Weg in die volle Beitragsfreiheit der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen spricht sich der Jugendhilfeausschuss Rheinland für den Beginn mit dem 1. Jahr ab Rechtsanspruch eines Kindes aus.

Für die Übergangszeit sollten mit landesweit einheitlichen Beiträgen beim Elternbeitrag Standards gesetzt werden und gleiche Bedingungen des Aufwachsens von Kindern in NRW gesichert werden, insbesondere für Kommunen in der Haushaltssicherung. Den Kommunen sollten dabei jedoch weiterführende Möglichkeiten des Verzichts auf Elternbeiträge eröffnet bleiben.

7. Jugendhilfeplanung:

Das System des KiBiz ist viel zu rigide. Für die neue Regelung ist mehr Flexibilität und damit mehr Praxisnähe erforderlich. Beispielsweise sollte überlegt werden, ob den Jugendämtern zunächst zumindest ein „flexibel zu nutzendes Kontingent“ zur Verfügung gestellt werden kann.

8. Betreuungslücke:

Die durch die Ferienzeiten der Jahre 2010 und 2011 der Schulen hervorgerufene Betreuungslücke ist durch entsprechende Maßnahmen zu schließen. Hier ist dringend eine Absprache mit dem Schulministerium und den kommunalen Spitzenverbänden erforderlich, damit eine landesweit geltende Regelung gefunden werden kann.

Neben den bereits genannten Punkten bedarf es auch an anderer Stelle noch weiterer Veränderung / Verbesserung. Hier sind beispielsweise zu nennen:

- Interkommunaler Finanzausgleich bei Betreuung auswärtiger Kinder,
- Konzept der Familienzentren (Kooperationspartner und deren auskömmliche Finanzierung),
- Kein Kind ohne Mahlzeit in der Kindertageseinrichtung,
- Reduzierung des Verwaltungsaufwands / Bürokratieabbau.